



25. September 2013

Liebe Freunde der Amberger Tafel,

arme Menschen zu unterstützen ist ethische Pflicht des Sozialstaats. Aber seine primäre Verpflichtung ist es, Teilhabe zu ermöglichen und so Armut zu vermeiden. Doch beim Versuch, Menschen in Arbeit zu bringen, steht er sich oft selbst im Weg.

Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hätte es verdient, als Grundlage differenzierter Debatten genutzt zu werden, wie Armutsrisiken reduziert und Armut in Deutschland bekämpft werden kann. Leider war er nur Auslöser einer kurzen, folgenlosen Empörung, so wie schon der Bericht von 2008.

Die Tafeln und ihr Bundesverband werden in immer stärkeren Maße von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Im Zuge dessen sehen sich die Tafeln und ihr Dachverband immer wieder auch mit kritischen Fragen konfrontiert. Dabei geht es einerseits um die konkrete Arbeit der Tafeln. Andererseits kommt hinzu, dass die Tafeln als Beispiel für die vermeintlich „systemstützende“ Wirkung gemeinnütziger Organisationen allgemein auf komplexe Phänomene wie Armut oder Sozialstaatlichkeit herangezogen werden. Zugespißt wird behauptet, dass die Tafeln Armut mit verursachen und ihre Arbeit nicht geeignet ist, Armut zu verhindern.

Armut ist ein gesellschaftliches Problem, das trotz aller sozialen Fortschritte in der jüngeren Vergangenheit nach wie vor besteht. Armut in Deutschland bedeutet in erster Linie Einkommensarmut und damit verbunden Armut an Chancen und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Ursachen von Armut sind vielfältig.

Manche sind (gesellschafts-)politischer Natur, wie die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Höhe der Löhne und Renten oder das Bildungsniveau der Bevölkerung. Und Armut kann auch die Folge persönlicher Schicksale sein: Menschen, die krankheitsbedingt berufsunfähig werden, können ihre Einkommen nicht mehr aus Erwerbsarbeit sichern. Langzeitarbeitslose sowie Geringverdiener sind auf staatliche Grundsicherung oder aufstockende Leistungen angewiesen. Auch Scheidung, Insolvenz oder Schulden sind Gründe, warum Menschen in Armut geraten. Etwa 20 Prozent der Heranwachsenden unter 15 Jahren sind arm, weil ihre Eltern als AlgII-Empfänger arm sind. Armut zu verhindern oder wirksam zu bekämpfen, erfordert die Anstrengungen aller gesellschaftlichen Akteure: Staat, Bürger, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Unternehmen und Gemeinnützige. Jeder dieser Akteure hat seine Möglichkeiten und Pflichten, jeder hat aber auch seine Grenzen. Das gilt auch für die Tafeln.

Solange es Armut gibt, solange existieren Organisationen oder Bürgerinitiativen, die den Betroffenen nach ihren jeweiligen Möglichkeiten helfen. Von den 20 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland sind etwa eine Million Bürger im sozialen Bereich aktiv. Es gibt bundesweit tausende Vereine, die Bedürftigen auf die eine oder andere Weise helfen. Die Tafeln sind Teil dieses von Bürgern getragenen nicht-staatlichen Hilfenetzwerkes. Ärzte behandeln Obdachlose oder Asylsuchende, die keine Krankenversicherung haben. Bildungspaten bringen Kindern in sozialen Brennpunkten Lesen bei oder erteilen Nachhilfeunterricht. Anwälte beraten Bedürftige in Rechtsfragen. Sie alle helfen, weil staatlich finanzierte Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen, Behörden) ihrem Auftrag nicht (ausreichend) gerecht werden.

Gemeinnützige Initiativen können Armut nicht beseitigen, weil sie keinen Einfluss auf die Ursachen haben. Sie können nur bei einem Teil der Betroffenen ihre Folgen lindern.

Konkret erreichen die Tafeln mit ihrer Arbeit, dass

1) der Speiseplan der Tafel-Nutzer um Lebensmittel ergänzt wird, die sie sich sonst im wahrsten Sinne des Wortes sparen würden. Da die Tafeln vorwiegend Obst, Gemüse, Milchprodukte und Backwaren handeln, leisten die Tafeln einen Beitrag zu einer ausgewogeneren Ernährung.

2) den Nutzern ein kleiner, aber wichtiger **finanzieller Spielraum** zugunsten anderer dringender Anschaffungen oder kultureller Aktivitäten, die nicht in bedarfsgerechter Weise in den Regelsätzen eingeplant sind (Waschmaschinenreparatur, Zoo- oder Theaterbesuch u.ä.), ermöglicht wird.

Für Lebensmittel sind etwa 35 Prozent des Regelsatzes bzw. rund 135 Euro eines alleinstehenden AlgII-Beziehers vorgesehen.

Prekär wird es für die Bezieher von Transferleistungen, wenn innerhalb eines Jahres die Lebensmittelpreise um 5,7 Prozent steigen oder wenn ein Durchschnittshaushalt mit drei Personen monatlich 90 Euro für Energiekosten ausgeben muss. Im Jahr 2000 war es noch etwa die Hälfte.

Der Preisanstieg geht zu zwei Dritteln darauf zurück, dass der Staat sich neue Abgaben und Steuern ausgedacht hat. Doch werden Renten noch Hartz IV-Sätze automatisch diesen steigenden Kosten angepasst. So wird jede Preiserhöhung zur Gefahr für Geringverdiener. Deshalb ist die angekündigte Erhöhung des Hartz IV-Satzes um 9 Euro für Alleinstehende bei weitem nicht ausreichend.

Allerdings: Je besser der Gesetzgeber das „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ beim Regelbedarf berücksichtigt, desto höher ist die Zahl der Grundsicherungsempfänger, und je knauseriger er dies tut, desto geringer ist sie. Eine Erhöhung des Regelsatzes um 70 Euro würde zu einer Erhöhung der Zahl der Leistungsempfänger um 1,5 Millionen führen, darunter etwa 500.000 Minderjährige. Gleiches gilt bezüglich des im Grundsicherungssystem enthaltenen Kombieinkommens zur Aufstockung niedriger Arbeitseinkommen. Dieser im Grundsicherungssystem zwingende mathematische Zusammenhang wird in der Armutsdebatte häufig ignoriert. Eine Erhöhung der Grundsicherung ist für jede Regierung nicht nur unattraktiv aufgrund der finanziellen Belastung, sondern auch, weil ihre unvermeidliche statistische Folge als Anstieg der Armut und damit als sozialpolitisches Versagen der Regierung fehlinterpretiert würde.

Die Amberger Tafel existiert seit nunmehr fast 9 Jahren, insofern ist unser Engagement gegen Lebensmittelverschwendung und für die Unterstützung Bedürftiger in einem gewissen Sinne als „nachhaltig“ (im Sinne von dauerhaft) zu bezeichnen. Ca. 3000 Tonnen verzehrfähiger Lebensmittel wären in den vergangenen 9 Jahren sinnlos vernichtet worden, wenn es die Tafel in Amberg nicht gäbe.

Niemand steht außerhalb des Systems. Wir sind ganz sicher nicht mit allem einverstanden, was einzelne Politiker oder Parteien tun. Aber es ist wichtig, dass Politiker die Tafeln besuchen, sich mit den Tafel-Nutzern unterhalten oder sich überhaupt mit uns auseinandersetzen. Sie müssen die Lebenswirklichkeit von 15 Millionen Betroffenen kennen lernen und erkennen, wie groß die sozialen Probleme in unserem Land geworden sind. 1,5 Millionen Tafelnutzer kann man nicht wegdiskutieren.

Das müssen die Politiker verstehen – und wir sagen ihnen ganz klar, dass wir Lösungen von ihnen erwarten.

Deshalb freuen wir uns über jeden Besuch seitens der Politik oder auch von Privatpersonen in den Räumlichkeiten der Tafel oder über Anfragen für Vorträge oder Diskussionsrunden.

Danken möchte ich für die gute, öffentliche Darstellung in den Medien sowie allen Unterstützern der Amberger Tafel.

20 Jahre Tafeln in Deutschland sind kein Grund zum Feiern; die Forderung diese abzuschaffen geht leider an der Realität vorbei.

Der Vorstand wünscht allen Freunden der Amberger Tafel alles Gute.